

Standort D

Auf den Punkt Nr. 06 Mai 2025 Tim Meyer

Deindustrialisierung:
Realität oder
Schreckgespenst?



Wachstumsschwäche – Kein Ende in Sicht?

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase chronischer Wachstumsschwäche. Ein Blick auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zeigt ein insgesamt ernüchterndes und zugleich erschreckendes Bild: Nicht nur im Jahr 2023, sondern auch im Jahr 2024 fiel das Wachstum leicht negativ aus. Selbst für das laufende Jahr 2025 sind die Prognosen nur unwesentlich besser und lassen im Optimalfall – unter der Voraussetzung, dass weitere Schocks und (geopolitische) Verwerfungen ausbleiben – lediglich auf eine marginale Erholung hoffen. Mehrere Jahre in Folge mit leicht schrumpfender oder stagnierender Wirtschaft sind seit Bestehen der Bundesrepublik ein unrühmlicher Negativrekord, der mittlerweile selbst die Schwächephase zu Beginn der 2000er Jahre in den Schatten stellt.

Auch im internationalen Vergleich ist die Wachstumsschwäche nicht mehr zu übersehen. In der Gruppe führender Industrienationen (G7) sowie in der Europäischen Union (EU) trägt Deutschland die „rote Laterne“ und ist nicht mehr – wie noch vor einem Jahrzehnt – Wachstumsmotor oder Stabilitätsanker. Das hierzulande weit verbreitete Narrativ, diese Schwäche sei lediglich ein temporäres Phänomen, ausschließlich der Corona-Pandemie sowie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geschuldet, hat sich als tagespolitisch bequem, aber zugleich irreführend und überaus kurzfristig herausgestellt. Aktuelle geopolitische Herausforderungen und der aufflam-

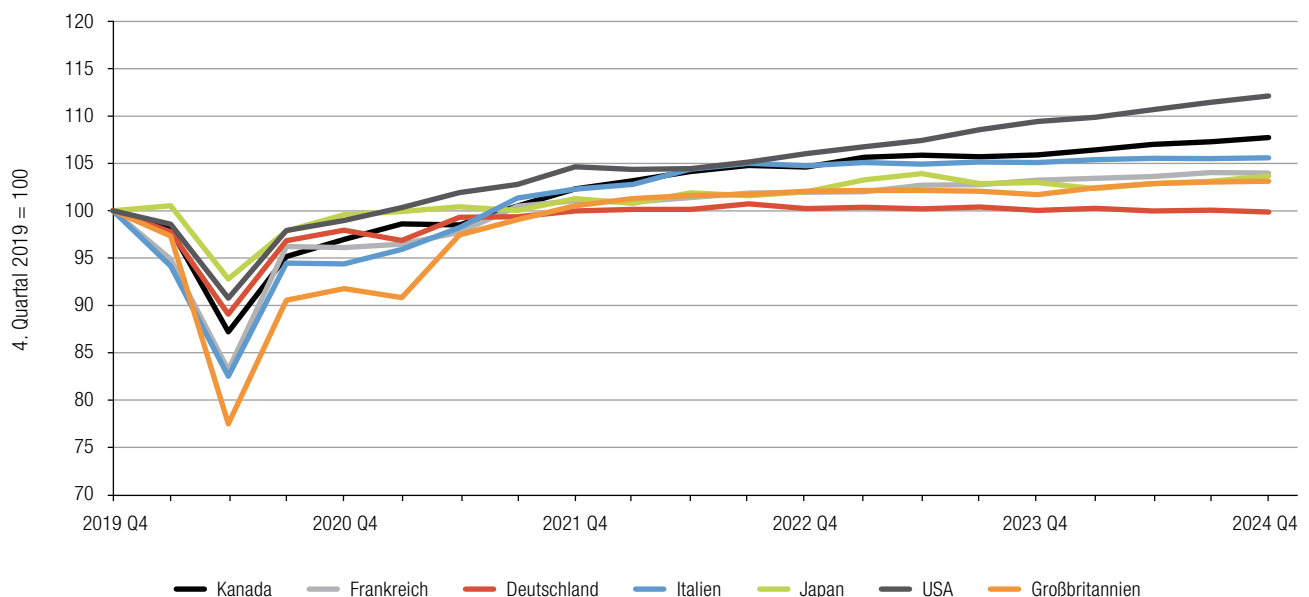
mende Protektionismus wirken sich zweifelsohne negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten einer exportorientierten Volkswirtschaft aus. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Dynamik hierzulande seit nunmehr fünf Jahren deutlich hinter der anderer Industrienationen zurückbleibt, obwohl diese mit den selben globalen Krisen und Herausforderungen konfrontiert sind. Dies ist in höchstem Maße bedenklich und ein klares Indiz für tieferliegende strukturelle Ursachen. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass der Abstand zu den anderen Industrienationen, die allesamt zumindest moderate Wachstumsraten vorweisen können, nicht kleiner, sondern am aktuellen Rand eher noch größer wird.

Persistente Strukturprobleme müssen deshalb viel stärker als bisher in den wirtschaftspolitischen Fokus rücken. Hohe Energiepreise, eine erdrückende Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer, eine international nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung, lähmende Bürokratie sowie steigende Arbeitskosten stehen beispielhaft für eine toxische Mischung, die der deutschen Wirtschaft nicht nur kurzfristig zusetzt, sondern darüber hinaus das Produktivitätswachstum langfristig ausbremst. Diese und andere Faktoren unterstreichen die Dringlichkeit wirtschaftspolitischer Reformen und grundlegender Weichenstellungen, um hierzulande eine Behebung der strukturellen Probleme voranzutreiben und neue Wachstumspotentiale freizusetzen.

Die deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (saison- und kalenderbereinigt), Index (4. Quartal 2019 = 100)

Quellen: IWF (2025), OECD (2025) sowie eigene Berechnungen.



Ist die industrielle Basis gefährdet?

Deutschland ist noch Industrienation: Vor allem im internationalen Vergleich mit den Ländern der G7-Gruppe zeigt sich, dass der prozentuale Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP überdurchschnittlich hoch ist. Nur Japan weist einen ähnlich hohen Anteil auf. Auch innerhalb der EU zählt Deutschland zu den Ländern mit dem größten Industriesektor, dessen Anteil sich trotz leichter Schwankungen seit Beginn der 2000er Jahre durchschnittlich auf einem Niveau von rund 20 Prozent des BIP bewegt. In anderen Industrienationen kann hingegen ein kontinuierlicher und teilweise sogar erheblicher Rückgang beobachtet werden. Vor allem in den USA, Frankreich und Großbritannien beläuft sich der Industrieanteil auf nur noch rund zehn Prozent des BIP.

Veränderungen der Zusammensetzung der Wertschöpfung sowie ein Rückgang des Industrieanteils im Zeitverlauf sind in hochentwickelten Volkswirtschaften nicht ungewöhnlich, sofern sie Ausdruck eines voranschreitenden, langfristigen Strukturwandels und nicht eines plötzlichen Strukturbruchs sind. Kommt es parallel dazu in anderen Bereichen – wie beispielsweise bei produktnahen Dienstleistungen – zu größeren Wertschöpfungssteigerungen als in der Industrie, handelt es sich aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive um eine unbedenkliche Entwicklung, die lediglich eine relative Verschiebung zwischen Wirtschaftssektoren widerspiegelt. Problematisch ist es hingegen, wenn ein Rückgang der industriellen Wertschöp-

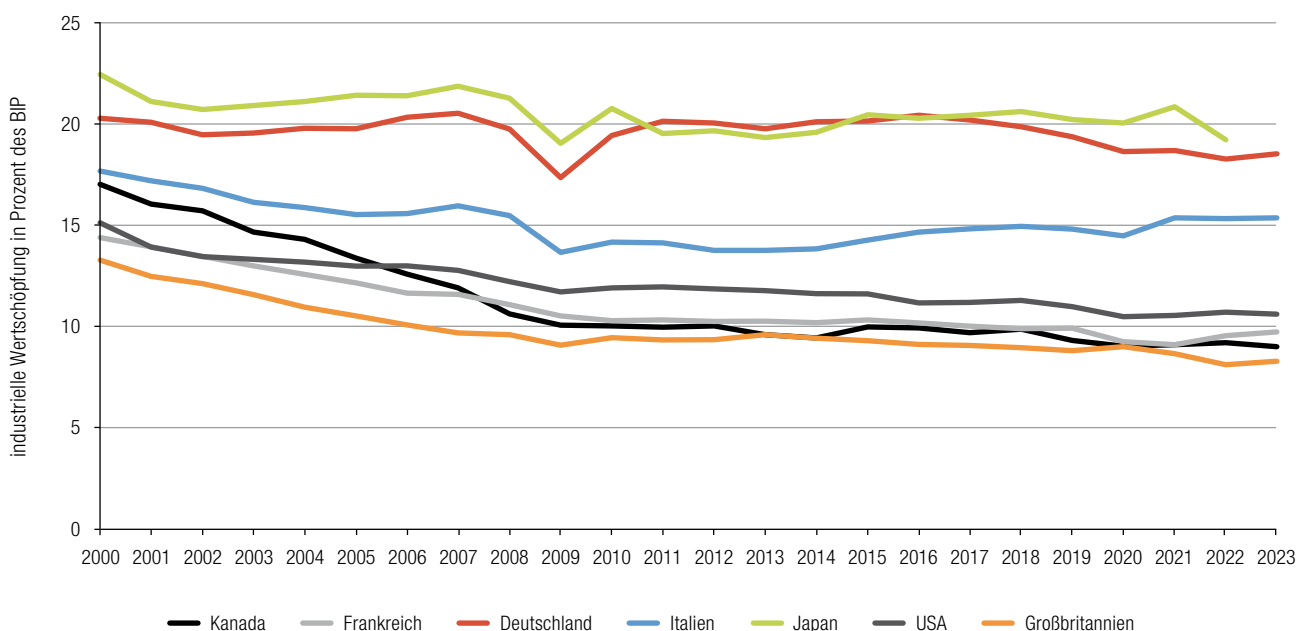
fung stattfindet, der nicht durch Zugewinne in anderen Wirtschaftsbereichen kompensiert werden kann und infolgedessen mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschwäche einhergeht. In solch einem Fall handelt es sich um ein Warnsignal für dauerhafte Wertschöpfungsverluste.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Industrie in Deutschland kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass zahlreiche Unternehmen, beispielsweise aus dem Dienstleistungsbereich oder der Zuliefererbranche, direkt oder zumindest indirekt mit industriellen Wertschöpfungsprozessen vernetzt sind und von ihnen abhängen. Die Industrie – egal ob börsennotierte Großunternehmen, mittelständische Betriebe oder „Hidden Champions“ – ist somit eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft. Ihr Zustand ist für die wirtschaftliche Dynamik sowie für den Wohlstand des Landes insgesamt von herausragender Bedeutung.

Zwar befindet sich der Industrieanteil in Deutschland nach wie vor auf einem hohen Niveau, gleichwohl ist er seit dem Jahr 2018 leicht auf zuletzt etwas über 18 Prozent des BIP zurückgegangen. Weil der abnehmende Wertschöpfungsanteil der Industrie und die anhaltende Wachstumsschwäche der gesamten Volkswirtschaft zusammen auftreten, ist das Risiko einer schleichenden Deindustrialisierung nicht mehr von der Hand zu weisen.

Der Wertschöpfungsanteil der Industrie ist noch vergleichsweise stabil

Quellen: Weltbank (2025) und UNECE Statistical Division Database (2025).



Industrierezession: Massiver Produktionsrückgang

Erste Anzeichen einer voranschreitenden Deindustrialisierung treten nicht nur anhand der Entwicklung des relativen Wertschöpfungsanteils, sondern vor allem mit Blick auf den Abwärtstrend bei der Bruttowertschöpfung der Industrie zutage. Ursächlich hierfür ist eine tiefgreifende Industrierezession, die insbesondere durch zwei Merkmale gekennzeichnet ist: (1) einen Rückgang der industriellen Produktion und (2) einen Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe.

Der Produktionsindex zeigt, dass der Rückgang der industriellen Produktion bereits im Jahr 2018 und damit noch vor Aufkommen der Corona- und Energiekrise eingesetzt hat. Seither ist im „Maschinenraum“ der deutschen Wirtschaft eine annähernd trendmäßige Verringerung zu beobachten. Seit dem Jahr 2021 ist die Produktion um nahezu zehn Prozent zurückgegangen, im Vergleich zum Jahr 2018 sogar um fast 20 Prozent. Bis heute konnte das vorpandemische Niveau nicht wieder erreicht werden.

Noch dramatischer ist die Entwicklung des Produktionsindex der energieintensiven Industriezweige. Seit dem Jahr 2021 beläuft sich der Rückgang hier auf mehr als 15 Prozent, verglichen mit dem Jahr 2018 sogar auf über 20 Prozent. Dabei sind zwei Auffälligkeiten hervorzuheben: Erstens entwickelte sich die Produktion bereits im Zeitraum von 2015 bis zum Ausbruch der Corona-Krise deutlich schwächer als in der gesam-

ten Industrie. Zweitens wurden die energieintensiven Industrien im Jahr 2022 in besonderer Weise von den Auswirkungen der Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine getroffen.

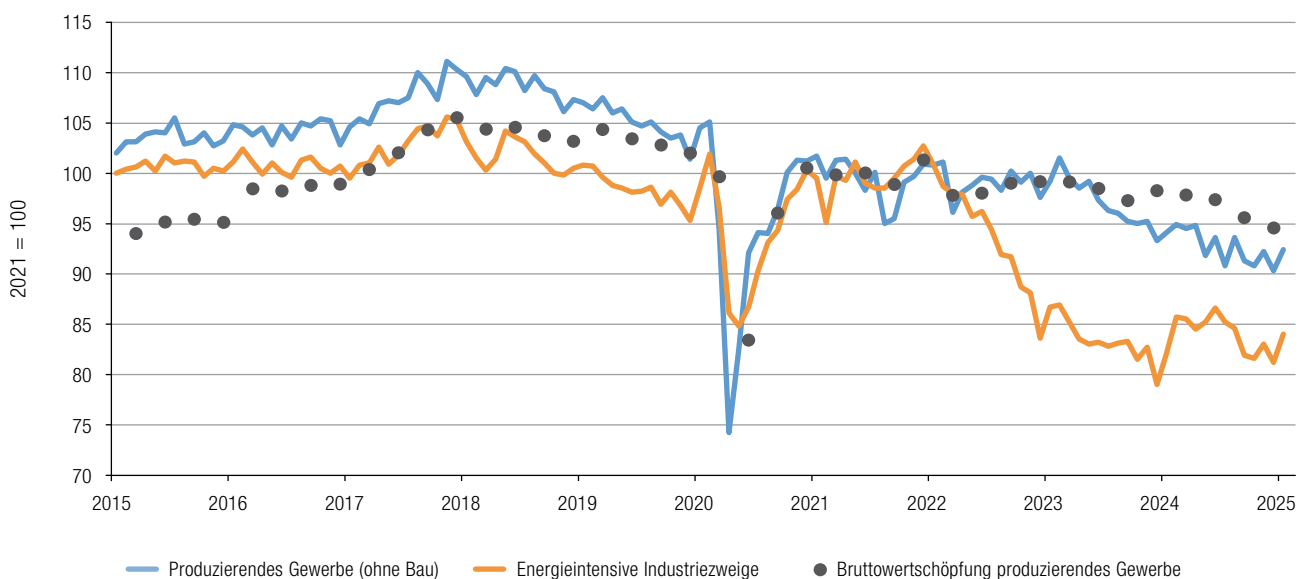
Hinsichtlich der Entwicklung des Produktionsindex ist jedoch anzumerken, dass dieser im Vergleich zur Bruttowertschöpfung den Rückgang überzeichnet und deshalb tendenziell ein zu negatives Bild vermittelt. Gleichwohl zeigt sich, dass auch der Rückgang der industriellen Wertschöpfung erheblich ausfällt und sich seit dem Jahr 2021 auf fast vier Prozent sowie seit dem Jahr 2018 auf über sieben Prozent beläuft.

Ursächlich für die anhaltende Industrierezession sind neben den Krisen der vergangenen Jahre beispielsweise auch die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Arbeits- und Energiekosten, welche zu den schwerwiegendsten Standortnachteilen Deutschlands zählen. Sie gefährden die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft sowie der hier angesiedelten Industrieproduktion. Die hohen Energiepreise werden nicht zuletzt durch staatlich beeinflusste Preisbestandteile wie Steuern und Abgaben mitverursacht. Die überdurchschnittlichen Arbeitskosten resultieren vor allem aus einer Zunahme der Lohnnebenkosten infolge steigender Sozialabgaben. Dieser Trend dürfte sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

Produktion bereits seit 2018 im freien Fall

Produktionsindizes: Kalender- und saisonbereinigte Monatswerte, Index (2021 = 100)
Bruttowertschöpfung: Preisbereinigte, verkettete Quartalswerte, Index (2021 = 100)

Quellen: Statistisches Bundesamt (2025) sowie eigene Berechnungen.



Beschäftigung: Wachstum nur noch beim Staat?

Obwohl die Schwankungen bei der Produktion deutlicher als bei der Beschäftigung ausfallen, weisen beide Größen im Zeitverlauf große Parallelen auf. Ähnlich wie die Produktion hat auch die Zahl der Beschäftigten in der Industrie zwischen 2015 und 2019 zugenommen. Der Beschäftigungszuwachs belief sich in diesem Zeitraum auf mehr als drei Prozent. Dabei wuchs die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe – wenn auch in einem geringeren Umfang – gleichgerichtet mit der Zahl aller Erwerbstätigen in Deutschland an.

Beginnend mit dem Jahr 2019 ist jedoch ein klarer Bruch festzustellen: Es setzte ein spürbarer Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe ein, der sich bis zum Jahr 2024 auf knapp 300.000 Stellen bzw. mehr als drei Prozent im Vergleich zu fast 8,4 Mio. Beschäftigten im Jahr 2019 beläuft. Demgegenüber ist die Zahl aller Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum – trotz anhaltender Wachstumsschwäche – um rund zwei Prozent angestiegen. Die Zunahme ist insbesondere auf überdurchschnittliche Zuwächse im Dienstleistungsbereich zurückzuführen, wo die Zahl der Beschäftigten seit dem Jahr 2019 um über drei Prozent angewachsen ist. Daneben kann auch im öffentlichen Sektor ein dynamischer Stellenaufwuchs festgestellt werden. Die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat sich allein seit dem Jahr 2019 um mehr als acht Prozent am vergleichsweise stärksten erhöht.

Mit Blick auf den bisherigen Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe muss zusätzlich darauf verwiesen werden, dass dieser im Vergleich zum Produktionsrückgang aktuell noch moderat ausfällt. Eine länger anhaltende oder sich weiter verschärfende Industrierezession könnte sich in Zukunft weitaus stärker als bislang auf den Arbeitsmarkt in Form von noch umfassenderen Stellenstreichungen auswirken. Damit ist – insofern dieser Beschäftigungsrückgang nicht durch andere Wirtschaftsbereiche aufgefangen werden kann – das Risiko einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit verbunden.

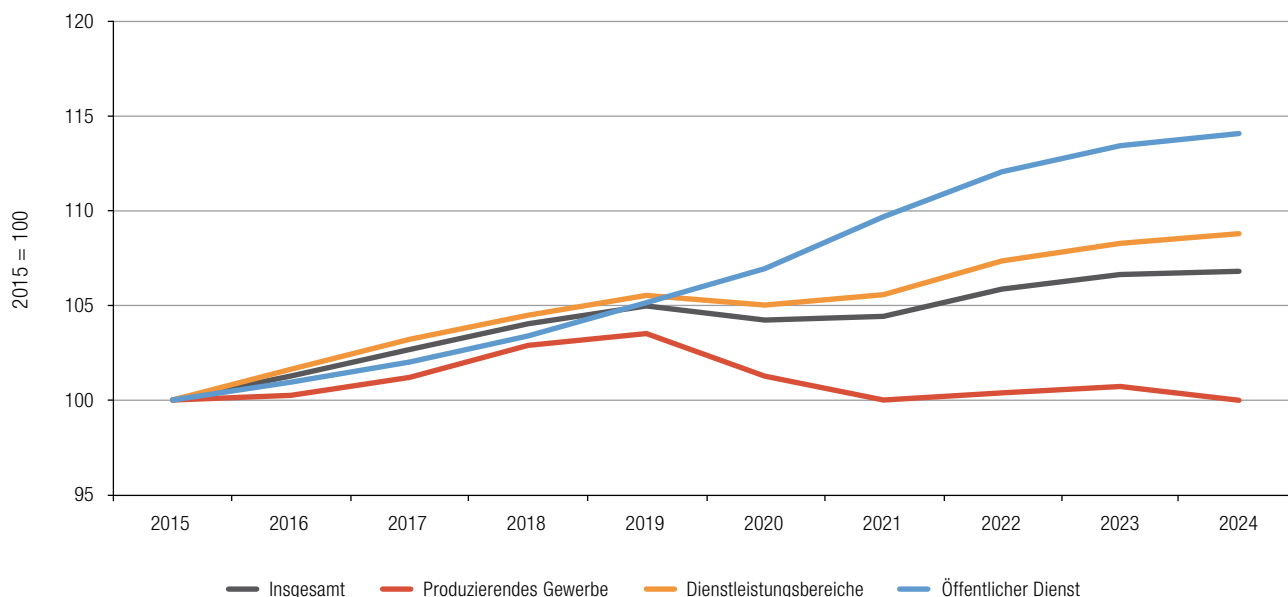
Die volkswirtschaftlichen Einbußen beschränken sich dabei nicht allein auf den Verlust von Arbeitsplätzen. Sie vergrößern sich an dieser Stelle dadurch, dass es sich um einen Rückgang von im Vergleich zur Gesamtwirtschaft weit überdurchschnittlich bezahlten Beschäftigungsverhältnissen mit hoher Arbeitsproduktivität handelt.

Die deutliche Verringerung der Produktion sowie der ausgeprägte Beschäftigungsrückgang im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen unterstreichen einen insgesamt besorgniserregenden Trend: Die Performance der Industrie hat sich – im negativen Sinne – nicht nur von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, sondern bremst diese aktuell zusehends aus.

Seit 2019: Spürbarer Beschäftigungsrückgang in der Industrie

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, Index (2015 = 100)

Quellen: Statistisches Bundesamt (2025) sowie eigene Berechnungen.



Abschreckende Standortbedingungen?

Die Industrierezession und die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche werfen letztlich die Frage auf, wie attraktiv der deutsche Wirtschaftsstandort noch ist. Vor allem die toxische Mischung aus verschiedenen Strukturproblemen hat einen abschreckenden Effekt auf Unternehmen und wirkt sich negativ auf ihre Investitionsentscheidungen aus. Als Indikator hierfür lassen sich die ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI), die beispielsweise zur Einrichtung von Produktionsstätten und Niederlassungen getätigt werden, heranziehen. Aufgrund ihrer langfristigen Ausrichtung lassen Direktinvestitionen Rückschlüsse über die Veränderung der Standortattraktivität zu.

Die Entwicklung der Direktinvestitionen in Deutschland liefert dabei eindeutige Botschaften: Die Nettoabflüsse (Saldo aus Zu- und Abflüssen) nehmen seit Jahren trendmäßig zu und können als Warnsignal gewertet werden. Dabei kommt es einerseits zu sehr hohen Abflüssen, die sich zum Teil auf Rekordniveau bewegen, sowie andererseits zu rückläufigen und niedrigen Zuflüssen. Diese Entwicklungen sind in doppelter Hinsicht bedenklich: Hohe Abflüsse weisen darauf hin, dass Investitionen aus Deutschland in andere Staaten, in denen Unternehmen und Investoren attraktivere Rahmenbedingungen vorfinden, abgezogen werden. Geringe bzw. fallende Zuflüsse sind zudem ein Indiz dafür, dass der deutsche Wirtschaftsstandort offensichtlich gemieden wird.

Grundvoraussetzung für die Tätigkeit privater Investitionen sind verlässliche (wirtschafts-)politische Rahmenbedingungen, die für alle Akteure gleichermaßen gelten. Der in den zurückliegenden Jahren verfolgte Ansatz, private Investitionen mithilfe milliardenschwerer Subventionen zu fördern und auf diesem Weg Unternehmen anzulocken, hat – wie aktuelle Beispiele in der Batterie- und Halbleiterbranche vor Augen führen – keine nachhaltige Wirkung und ist nicht dazu geeignet, die industrielle Basis substantiell zu stärken.

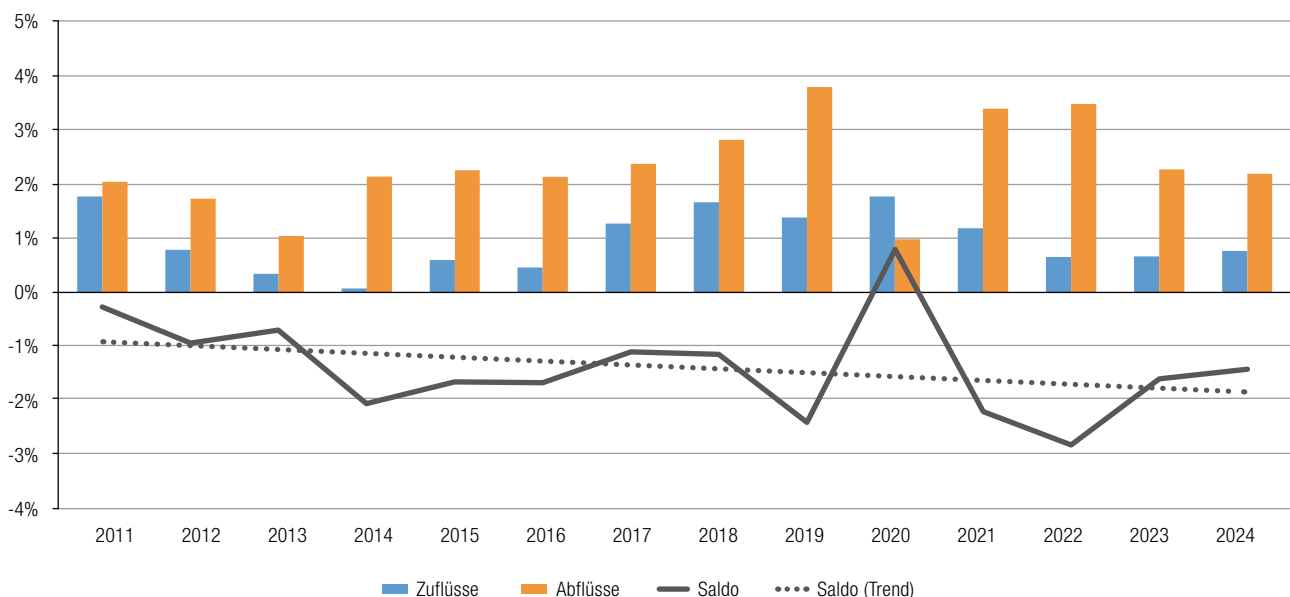
Subventionen an einzelne Unternehmen oder aus politischem Belieben an vermeintlich besonders förderungswürdige Branchen sind darüber hinaus kontraproduktiv, weil sie nicht nur wettbewerbsverzerrend sind, sondern zugleich von den eigentlichen Problemen, wie einer unzureichenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit, ablenken, ohne diese zu lösen oder angemessen zu adressieren.

Eine erfolgreiche Standortpolitik muss in erster Linie dafür sorgen, attraktive (wirtschafts-)politische Bedingungen zu schaffen, indem beispielsweise bürokratische Hürden bei der Durchführung privater Investitionen gezielt abgebaut werden. Verbesserte Rahmenbedingungen werden entscheidend dazu beitragen, den Abfluss von Direktinvestitionen auszubremsen und zugleich die Anziehung von Unternehmen und Kapital zu begünstigen.

Anhaltend hohe (Netto-)Abflüsse von Direktinvestitionen

Foreign Direct Investment flows (FDI flows) in Prozent des BIP

Quellen: Deutsche Bundesbank (2025), OECD (2025) sowie eigene Berechnungen.



Die Insolvenzwelle rollt

Die ökonomischen Herausforderungen und Probleme spiegeln sich auch in einer spürbaren Zunahme der beantragten Unternehmensinsolvenzen wider. Während mit Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2010 bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 vor allem aufgrund einer positiven Konjunkturerentwicklung und günstigen Finanzierungsbedingungen für mehr als ein Jahrzehnt ein kontinuierlicher Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zu beobachten war, hat seither eine unheilvolle Trendwende eingesetzt.

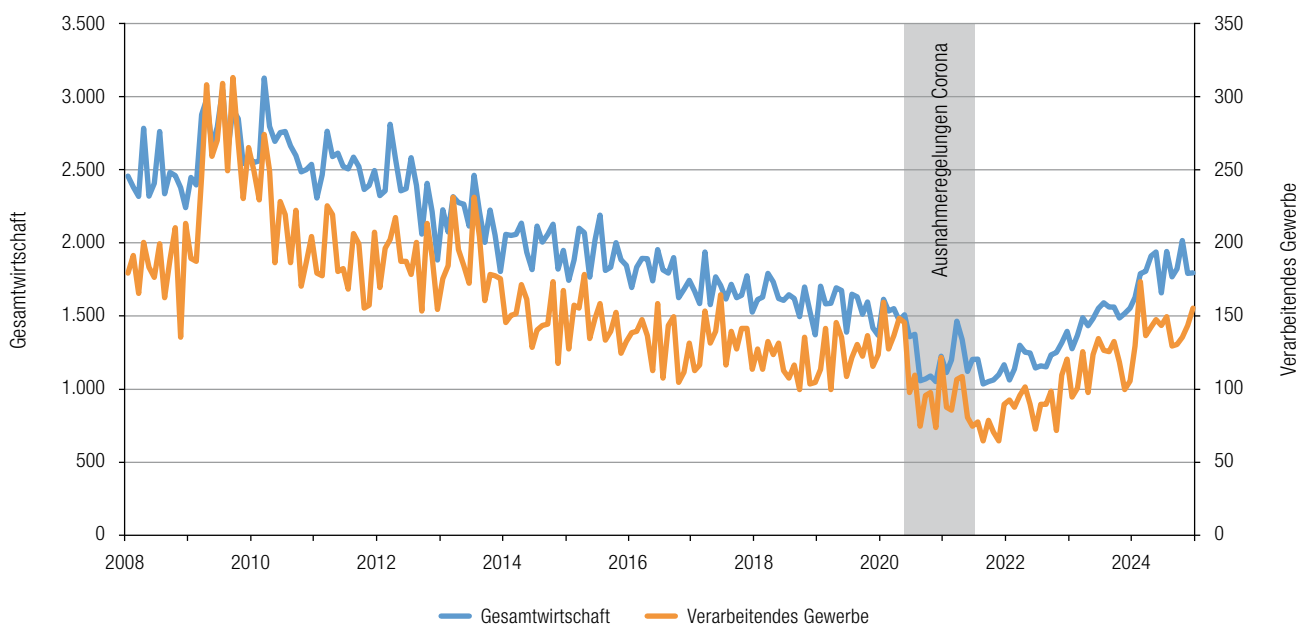
Seit dem Jahr 2022 nimmt die Zahl der Firmenpleiten wieder deutlich zu, vor allem im Vergleich zum vorpandemischen Niveau. Im vergangenen Jahr lagen die Insolvenzen rund 16 Prozent über dem Wert des Jahres 2019 – und damit auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren! Bezogen auf das Jahr 2022 beträgt der Anstieg sogar fast 50 Prozent. Ausnahmeregelungen bei der Insolvenzantragspflicht sowie umfassende Liquiditätshilfen während der Corona-Pandemie haben dazu beigetragen, dass das Ausmaß der Insolvenzwelle erst mit Verzögerung zum Vorschein gekommen ist. Auch im verarbeitenden Gewerbe ist ein signifikanter Anstieg der Unternehmensinsolvenzen erkennbar, der sich im Vergleich zum Jahr 2019 bereits auf 15 Prozent und seit dem Jahr 2022 auf knapp 54 Prozent beläuft. Diese Entwicklung unterstreicht, dass die Insolvenzwelle die Industrie mit voller Wucht erfasst hat.

Insolvenzen sind im Vergleich zu Werksschließungen, der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland oder Stellenstreichungen in den meisten Fällen mit einem irreversiblen volkswirtschaftlichen Schaden verbunden, der nicht nur die Gläubiger belastet, sondern zugleich mit einem Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit einhergeht. Vor allem die Kombination aus andauernder Rezession und steigendem Kostendruck dürfte entscheidend dazu beitragen, dass unternehmerische Aktivitäten hierzulande teilweise nicht mehr rentabel sind und Firmenpleiten deutlich zunehmen. Weil Unternehmen zunächst andere Maßnahmen (z.B. Werkschließungen) ergreifen, um eine wirtschaftliche Schieflage abzuwenden, ist die Zahl der Insolvenzen ein Indikator, der problematische Entwicklungen erst mit zeitlicher Verzögerung abbildet.

Ohne grundlegende Verbesserungen des wirtschaftlichen Umfelds ist deshalb im laufenden Jahr und darüber hinaus mit einer weiter anwachsenden Insolvenzwelle zu rechnen. Selbst solche Größenordnungen bei der Anzahl beantragter Insolvenzen wie sie zuletzt während der Wirtschafts- und Finanzkrise gemessen wurden, sind nicht mehr ausgeschlossen. Von einer Entwarnung kann dementsprechend erst gesprochen werden, wenn sich die Zahl der Insolvenzen in Zukunft wieder nachhaltig verringert.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen nimmt wieder deutlich zu

Quelle: Statistisches Bundesamt (2025).



Handlungsempfehlungen

Der wirtschaftliche Zustand der Industrie hat sich in den zurückliegenden Jahren spürbar verschlechtert. Persistierende **Strukturprobleme** und eine **schwindende Attraktivität** des Standorts in Verbindung mit **falschen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen**, **Rezession** und diversen **Krisen** haben dem „Maschinenraum“ der deutschen Wirtschaft zugesetzt. In der Folge kommt es vermehrt zu Substanzverlusten, die sich vor allem in einem Produktions- und Beschäftigungsrückgang sowie einer deutlichen Zunahme von Unternehmensinsolvenzen widerspiegeln. Die **Deindustrialisierung** ist daher nicht nur Schreckgespenst, sondern vielmehr schleichende Realität.

Damit Deutschland in Zukunft erfolgreiche Industrienation bleibt, müssen die richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen vorgenommen und Fehler der Vergangenheit korrigiert werden. Dazu zählt eine **Abkehr vom interventionistischen Politikansatz** der vergangenen Jahre. Zu lange schon liegt der Schwerpunkt auf einer **aktiven Industriepolitik**, die eine Förderung einzelner Unternehmen, bestimmter Branchen oder auserwählter „Schlüsseltechnologien“ verfolgt, die aus Sicht politischer Akteure vermeintlich besonders förderungswürdig oder zukunftssträchtig erscheinen. Dass diese **staatliche Wissensanmaßung** nicht von Erfolg gekrönt ist und obendrein mit möglichen Verlusten für die Steuerzahler verbunden sein kann, zeigt beispielhaft das Schicksal der „Prestigeprojekte“ Intel und Northvolt. Strukturprobleme wurden dagegen bestenfalls in homöopathischen Dosen behandelt oder lediglich mit Geld zugeschüttet.

Damit die anhaltende Industrierezession und die chronische Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft dauerhaft überwunden und weitere Substanzverluste vermieden werden können, braucht es stattdessen einen Politikansatz, der auf eine **Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** abzielt. Dies impliziert, **Strukturprobleme** und **Standortnachteile** insbesondere in den nachfolgenden Bereichen anzugehen:

- Eine **Verringerung der steuerlichen Belastung** durch eine deutliche Absenkung der **Unternehmensbesteuerung** auf ein Niveau von 25 Prozent oder weniger sowie eine vollständige **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** sind zwingend erforderlich. Unternehmen erhalten dadurch dringend benötigte finanzielle (Handlungs-)Spielräume. Zugleich können auf diese Weise bestehende **Wettbewerbsnachteile** aufgrund einer im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Steuerbelastung (OECD-Durchschnitt im Jahr 2024: ca. 24 Prozent) beseitigt werden.
- Staatlich beeinflusste Preisbestandteile sind nach wie vor ein entscheidender Faktor für **hohe Energiepreise**. Ihre Verringerung ist deshalb eine wichtige Stellschraube, um Energiepreise nachhaltig zu senken und die **preisliche Wettbe-**

werbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt – und vor allem der energieintensiven Industrie – spürbar zu verbessern. Gleichzeitig braucht es eine **technologieoffene Ausweitung** des inländischen Energieangebots, die sich ebenfalls dämpfend auf die Energiepreise auswirken dürfte.

- Die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erfordert zugleich eine **Reduktion der Arbeitskosten**. Hierzu sollten in erster Linie Maßnahmen zur **Senkung der Lohnnebenkosten** ergriffen und eine voranschreitende Politisierung des gesetzlichen Mindestlohns verhindert werden.
- **Umfassende Bürokratieentlastungen** und spürbare Vereinfachungen von **Planungs- und Genehmigungsverfahren** sind für den **Abbau von Investitionshemmnissen** – insbesondere bei der Realisierung privater Investitionen – ein unverzichtbarer Schritt. Bürokratische Anforderungen und staatliches Mikromanagement binden über Gebühr unternehmerische Ressourcen und bremsen die Wertschöpfung vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen massiv aus. Weniger Bürokratiebelastung ist Grundvoraussetzung für mehr unternehmerische Freiheiten und eröffnet die Möglichkeit für zusätzliche Innovationen, Investitionen und ein höheres Wachstum.

Die beschriebenen Maßnahmen sollten in eine umfassende **wirtschaftspolitische Agenda** eingebettet werden, die zudem die Problematik des Fachkräftemangels sowie die Auswirkungen der alternden Gesellschaft hinreichend adressiert. Damit strukturelle Standortnachteile überwunden werden können, braucht es den politischen Willen zu notwendigen, in Teilen überfälligen und mitunter unbequemen Reformschritten. Gelingt es, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern, wird der Wirtschaftsstandort Deutschland international wieder mehr **Anziehungskraft** ausstrahlen. **Weniger Staat** und mehr unternehmerische Freiheiten werden sich positiv auf Innovationskraft, Beschäftigung und Wachstumspotentiale auswirken. Auf diesem Weg können wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die erforderliche **wirtschaftliche Trendwende** gelingt und Deutschland in Zukunft eine erfolgreiche Wirtschaftsnation bleibt.

